

Ihr Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Präsident der AK Oberösterreich

**Andreas Stangl: Ein AK-Präsident  
für alle Arbeitnehmer/-innen**

Pressekonferenz

Donnerstag, 25. November 2021, 10 Uhr

Mit großer Mehrheit ist der 51-jährige Andreas Stangl gestern von der Vollversammlung zum neuen Präsidenten der oberösterreichischen Arbeiterkammer gewählt worden. „Ich weiß aufgrund meines beruflichen Werdeganges, wie vielfältig Arbeit ist, was in den Produktionshallen abgeht, aber auch, was die Beschäftigten im Sozialbereich bewegt und belastet. Ich will ein Präsident für alle sein, egal wen sie wählen, woran sie glauben oder woher sie kommen“, sagt Andreas Stangl.

An seinen Vorgänger Dr. Johann Kalliauer richtet der neue Präsident „ein großes Dankeschön für seine herausragende Arbeit“. Er habe sich durch seinen Einsatz für die Beschäftigten in Oberösterreich und weit darüber hinaus große Verdienste erworben und ihm ein perfekt organisiertes Haus mit hochmotivierten Expertinnen und Experten übergeben, die jeden Tag ihr Bestes für die Mitglieder geben. Daher werde es hier keinen Bruch geben, sondern Kontinuität.

Als erstes großes Projekt kündigt Stangl eine Lehrstellenoffensive für Oberösterreich an, für die die AK Oberösterreich im nächsten Jahr fünf Millionen Euro zur Verfügung stellen wird. Ein weiterer Schwerpunkt ist der entschlossene Kampf für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt und gegen die Verletzung von Arbeitnehmerrechten. Ein großes Anliegen ist dem neuen Präsidenten auch eine sozial gerechte Klimapolitik, die die Interessen der Arbeitnehmer/-innen beim nötigen wirtschaftlichen Umbau und eine gerechte Verteilungswirkung aller klimapolitischen Maßnahmen in den Mittelpunkt stellt.

### **Ein Präsident mit großer politischer Erfahrung**

Als langjähriger Spitzengewerkschafter und Vizepräsident der oberösterreichischen Arbeiterkammer seit 2019 bringt Andreas Stangl die besten Voraussetzungen für seine neue Aufgabe mit. Stangl ist 51 Jahre alt, erlernte in der AMAG in Ranshofen einen Metallberuf und ist seit seiner Jugend in der Gewerkschaft aktiv. Er war Betriebsratsvorsitzender, Geschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) Oberösterreich, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der AK und stellvertretender Vorsitzender des ÖGB Oberösterreich. Als langjähriger Stadtrat und Vizebürgermeister von Leonding war er für Sozialagenden, Wohnbau und Integration zuständig. In der

Landespolitik ist er bestens vernetzt und kann so die Interessen der Mitglieder bestens vertreten.

Zuletzt hat er sich sehr erfolgreich als Sprachrohr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege profiliert und für sie in harten Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich Verbesserungen ausverhandelt. In der Corona-Krise hat er dazu beigetragen, sehr rasch das wichtige Instrument der Kurzarbeit auf den Weg zu bringen, das zigtausende Arbeitsplätze gerettet hat.

### **Fünf Millionen Euro im Jahr 2020 für eine oberösterreichische Ausbildungsinitiative**

Aktuell gibt es in Oberösterreich 475 Lehrstellensuchen, die keinen passenden Ausbildungsplatz finden. Die AK Oberösterreich wird im nächsten Jahr fünf Millionen Euro zur Verfügung stellen, damit mehr junge Menschen eine gute zukunftsfähige Ausbildung erhalten. Für dieses Projekt will Stangl auch Partner ins Boot holen.

„Wir werden zunächst ein grundlegendes Konzept erarbeiten, wie wir möglichst viele junge Menschen in Ausbildung bringen können und dann Gespräche mit allen relevanten oberösterreichischen Playern führen - Unternehmern, Sozialpartnern, Betrieben, Ausbildnern und vielen mehr“, kündigt Stangl an.

### **Einsatz für eine gerechte Arbeitswelt**

Die AK Oberösterreich sieht Stangl als unverzichtbares Korrektiv für gesellschaftliche Machtungleichgewichte zwischen Arbeitnehmer/-innen und Unternehmen. Vor allem die Durchsetzung der arbeitsrechtlichen Ansprüche der AK-Mitglieder ist ihm ein zentrales Anliegen. Arbeiterkammer, Gewerkschaften und der ÖGB haben in der Vergangenheit viele arbeitsrechtlichen Erfolge für ihre Mitglieder erzielen können. Dennoch gibt es immer noch eine erhebliche Diskrepanz zwischen ihren Rechten in der Arbeitswelt und deren Respektierung und Anwendung in den Unternehmen.

Ein Dauerbrenner sind falsche Abrechnungen bei der Beendigung von Arbeitsverhältnissen, durch die Arbeitnehmer/-innen viel Geld vorenthalten wird. Ein

häufiger Missstand sind auch „kreative“ Dienstverträge, mit denen Arbeitgeber/-innen Mitarbeiter/-innen um ausstehende Ansprüche zu bringen versuchen - z.B. durch All-In-Klauseln. Ersatzruhe nach überlangen Arbeitstagen oder nach Wochenendarbeit gibt es für viele Beschäftigten in unorganisierten Betrieben nur auf dem Papier.

Gegen solche Missstände will Stangl entschlossen vorgehen und fordert mehr Respekt und Gerechtigkeit für Arbeitnehmer/-innen. Unter Gerechtigkeit versteht er z.B. die Einhaltung aller arbeitsrechtlichen Bestimmungen, Schluss mit unbezahlten Überstunden und falschen Einstufungen. Lohnerhöhungen müssen auch während Zeiten der Karenz umgesetzt werden. „Vorenthaltene finanzielle Ansprüche haben nicht nur unmittelbar, sondern auch langfristig negative Auswirkungen und führen etwa zu geringeren Pensionsansprüchen. Frauen, deren Pensionen vielfach ohnehin schon zu niedrig sind, trifft das besonders“, gibt Stangl zu bedenken.

„Aus unserer Beratung und Vertretung wissen wir, dass 90 Prozent solcher Übertretungen in unorganisierten Betrieben vorkommen, sagt der Vollblutgewerkschafter und rät allen Arbeitnehmern/-innen, in ihrem Unternehmen einen Betriebsrat zu gründen.

Die Sozialpartnerschaft ist dem neuen AK-Präsidenten wichtig „Aber nicht um jeden Preis,“ wie er betont. „Wenn Unternehmer und Regierung über die Interessen der Arbeitnehmer/-innen drüberfahren wollen, wie das etwa beim 12 Stunden-Tag der Fall war, müssen sie mit unserem heftigen Widerstand rechnen.“

### **Sozial gerechter Klimaschutz**

Für den neuen AK Präsidenten ist, insbesondere in Oberösterreich, eine sozial gerechte Klimapolitik ein Gebot der Stunde. Die Arbeitnehmer/-innen werde man nur für den notwendigen Umbau der Wirtschaft gewinnen können, wenn ihre Interessen nicht auf der Strecke bleiben. Die Beschäftigten müssen also aktiv eingebunden werden, damit sie ihre Kompetenzen und ihre Interessen einbringen.

Ein starker, aktiver und handlungsfähiger Staat muss beim klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft die Führungsrolle einnehmen.

Produktionsverlagerungen bringen einer aktiven Klimapolitik keinen Nutzen und müssen verhindert werden.

CO<sub>2</sub>-Steuern auf Konsum sind als Steuerungsinstrument sozial extrem ungerecht. Denn sie belasten die ärmeren Bevölkerungsschichten am stärksten, obwohl der Lebensstil der Reichen wesentlich mehr CO<sub>2</sub> verursacht. Diese können sich im Gegensatz zu den Armen aber ihren klimaschädlichen Lebensstil auch bei höheren CO<sub>2</sub>-Steuern locker leisten.

Eine sozial verträgliche Klimapolitik erfordert daher höhere Steuerbeiträge von den Reichen, um den notwendigen Umbau zu finanzieren und staatliche Regulierungen, die die Produzenten/-innen in die Verantwortung nehmen. Wichtiger Teil einer gerechten Klimapolitik muss auch ein starker Sozialstaat sein, der soziale Härten im Zuge des Umbaus verhindert.

Für Arbeitnehmer/-innen braucht es neue sozial-ökologisch sinnvolle und zukunftsträchtige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, auf deren Nutzung es einen Rechtsanspruch gibt. Sämtliche Unternehmensförderungen müssen an sozial-ökologische Ziele gebunden werden.

Es braucht einen flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs, eine flächendeckende LKW-Maut sowie steuerliche Maßnahmen zur Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene. Auf europäischer Ebene braucht es überdies einen CO<sub>2</sub>-Schutzzoll auf klimaschädliche Importe.

Im Wohnbereich sind ökologische Investitionen und Sanierungen unumgänglich. Angesichts seit Jahren steigender Wohnkosten dürfen diese keineswegs zu höheren Wohnungsmieten führen. Wenn Sanierungen - was das Ziel sein muss - die Energiekosten senken, muss das an die Mieter/-innen weitergegeben werden.

### **Die Digitalisierung der Arbeitswelt sozial gerecht gestalten**

Wie keine andere Institution, hat sich die Arbeiterkammer in den letzten Jahren darum bemüht, Digitalisierungsprozesse in oberösterreichischen Betrieben so zu begleiten, dass sie unter aktiver Einbindung von Betriebsräten und Belegschaften arbeitnehmerfreundlich gestaltet werden.

Im Jänner 2019 hat die AK mit 30 Millionen Euro für fünf Jahre einen Zukunftsfonds dotiert, um entsprechende Projekte in oberösterreichischen Betrieben mit der Übernahme von bis zu 50 Prozent der Kosten zu unterstützen. 145 Projekte,

von denen 70.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren, wurden schon gestartet. 49 wurden bereits erfolgreich abgeschlossen.

Diese erfolgreiche Initiative will der neue AK-Präsident nicht nur fortführen, sondern auf möglichst viele weitere Betriebe ausweiten. Damit die Arbeitnehmer/-innen die Digitalisierung als Chance erleben, die neue Arbeitsplätze schafft, statt welche zu vernichten, fordert Stangl aber auch die Politik und die Unternehmen auf, alle Beschäftigten durch einen Rechtsanspruch auf eine bezahlte Weiterbildungswoche zu unterstützen.